

OFFENe HEIDe

Kontaktadressen und

Mitfahrbörse: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg, ☎ 03 91 / 2 58 98 65
Gisela Mühlisch, Ziegelhütte 5a, 39340 Haldensleben, ☎ / Fax 0 39 04 / 4 05 70
Joachim Spaeth, ☎ 01 60 / 3 67 18 96

Spendenkonto: G. Mühlisch, H. Adolf, Kto. 302839902, BLZ 86010090, Postbank Leipzig, Stichwort: OFFENe HEIDe
E-Mail: info@offeneheide.de Internet: <http://www.offeneheide.de>

Abs.: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg

Magdeburg, 16.01.2011

*Krieg ist ein Absacken der
Politik ins gewalttätige
Bodenlose.*

Wolf-Dieter Narr

Liebe Freundinnen und Freunde der OFFENen HEIDe,

die Zerstörung der Stadt Magdeburg jährt sich heute zu 66. Mal. Gestern fanden sich im Stadtzentrum wieder viele Initiativen, Verbände, Kirchen in der „Meile der Demokratie“ ein, um ein Gegengewicht zu einer Demonstration sich vermehrender Rechtsradikaler zu bilden. Rechtsradikale nutzen den 16. Januar regelmäßig, um sich mit Trauer um ausschließlich deutsche Opfer des 2. Weltkrieges hervor zu tun.

Die OFFENe HEIDe war mit einem Informationsstand dabei, um darauf aufmerksam zu machen, dass vor unserer Haustür in der Colbitz-Letzlinger Heide von der Deutschen Bundeswehr und deren Verbündeten Kriege geübt werden, bei denen es sich wie im 2. Weltkrieg nicht um Verteidigung handelt, sondern um die Eroberung von Rohstoffen *für unseren Lebensstandard*. Das ist Raub und Mord.

Die Magdeburger „Initiativgruppe Friedensstafel“ informierte darüber, dass Kriege mit Steuern der BürgerInnen finanziert werden und dieses ein wesentlicher Kriegsdienst ist. Außerdem hatten wir Informationen von www.netzwerk-friedenssteuer.de dabei und eine Holzplastik von Malte Fröhlich mit dem Titel „Die neuen Ziele der Bundeswehr“.

Was mich in diesen Tagen beschäftigt, ist etwas Paradoxes an der „Meile der Demokratie“: Während die Menschen in den verschiedenen Initiativen einerseits viel Energie für die Vorbereitung und Durchführung der „Meile der Demokratie“ verwenden, nehmen sie andererseits hin, dass sich Militarisation und Gewaltherrschaft in unserer Gesellschaft entwickeln (Aufrüstung, Teilnahme an Interventionskriegen um Rohstoffe, militärisch-zivile Zusammenarbeit in den Kommunen für die *innere Sicherheit*, Bundeswehr-Werbung in Schule u. Arbeitsamt, Militärseelsorge, Kriminalisierung von Gesellschaftskritikern).

Was kann man tun? Das wenigste ist vielleicht, sich in einem der Gebote für RevolutionärInnen von Emilio Modena zu üben, z. B.: *Nimm Deine Träume ernst, bilde persönliche Utopien und tausche sie mit Freundinnen und Freunden aus.*

Hier noch wichtige Termine:

Der nächste und **211. Friedensweg** beginnt am Sonntag, **6. Februar 2011** um 14.00 Uhr am Ortseingang von **Born** an der B 71 zwischen Haldensleben und Letzlingen. Es wurde ein etwa **5 km** langer Rundkurs durch den Wald ausgewählt.

Das nächste **Arbeitstreffen** OFFENen HEIDe ist am **Mittwoch**, den **09. Februar 2011** ab **19 Uhr** in **Gardelegen** bei Frigga Conrad, Isenschnibber Straße 45.

Die **Jahrestagung des „Netzwerk Friedenssteuer“** findet vom **11.-13.3.2011** in Heilbronn bei Nürnberg statt unter dem Thema: **GEGEN GEWALT STEuern – Zivilsteuer – Weg aus Struktureller Gewalt?** Informationen finden Sie unter www.netzwerk-friedenssteuer.de

Mit schönen Grüßen von der OFFENen HEIDe,

Christel Spenn

Schule ohne Bundeswehr?!

Die **Bundeswehrreform** zielt auf die ganzheitliche Umstrukturierung zu einer Interventionsarmee. Nach Sicht der Friedensbewegung wird damit gegen den Artikel 87a des Grundgesetzes, der nur die Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung festschreibt und gegen das Interventionsverbot Artikel 2,4 der UN-Charta verstoßen. Doch gezielte kriegerische Einsätze und militärische Präsenz gelten in Regierungskreisen auf absehbare Zeit als unvermeidlich, auch um bestehende Macht-, Rohstoff- und Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Selbst zivile Aufbauhilfe ist nach dieser Lesart ohne militärische Sicherheit nicht denkbar. Die mit dem Bundeswehrrumbau geplante Truppenreduzierung um etwa ein Drittel, zielt darauf mehr Soldaten und Bewaffnung für Militärinterventionen zur Verfügung zu stellen.

Die **Aussetzung der Wehrpflicht** verändert die Truppe zum Freiwilligenheer. Das hat seinen Preis, um ausreichenden einsatzwilligen Nachwuchs zu rekrutieren, müssen Öffentlichkeitsarbeit und Werbung verstärkt werden. Die Ausgaben für die Werbung der Bundeswehr im Fernsehen, im Internet, in Kinos, bei Volksfesten steigen kontinuierlich. Arbeitslose Jugendliche werden in den Arbeitsagenturen durch Wehrdienstberater rekrutiert. An Schulen und Universitäten werden neben diesen Wehrdienstberatern Jugendoffiziere aktiv.

In einem Schreiben vom Juni 2009 forderte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) die Ministerpräsidenten und Kultusminister zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit der Armee auf. Es bedürfe einer aktiven Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger, "um den Sinn bewaffneter Auslandseinsätze zu vermitteln", hieß es in dem Schreiben. Das Verhältnis zwischen Militär und Schulen wird damit institutionalisiert und weiter verfestigt.

Die jüngste **Kooperationsvereinbarung** wurde Ende 2010 zwischen dem sächsischen Kultusministerium und der Bundeswehr geschlossen. Es ist mittlerweile das achte Bundesland, das seine Bildungseinrichtungen auf vertraglicher Grundlage für die Bundeswehr öffnet. Die Möglichkeit Jugendoffiziere in den Unterricht einzubeziehen sieht der sächsische Kultusminister Roland Wöllner als Chance für „einen anschaulichen und lebendigen Unterricht“.

Zum Bildungsangebot der Jugendoffiziere für Schülerinnen und Schüler sollen Informationsvorträge u.a. für die Fächer Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung, Geschichte und Ethik stehen. Weiterhin werden angeboten: Sicherheitspolitische Informationsseminare, das Projekt für interaktive Simulation "Politik und internationale Sicherheit" (POL&IS), Besuche von Bundeswehrstandorten, Begleitung von Seminarfacharbeiten und die Bereitstellung von Informationsmaterial. Formell soll bei dem Einsatz der Jugendoffiziere eine Nachwuchswerbung ausgeschlossen sein. Sie sollen als „staatspolitische Bildungsträger im öffentlichen Auftrag politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ betreiben, „die sich einem pluralistischen, überparteilichen und unabhängigen Ansatz verpflichtet fühlt.“. Doch letztlich werden Offiziere zu Ersatzlehrern und eine unabhängige Darstellung zu Zielen einer Außen- und Sicherheitspolitik die ohne Kampfeinsätze auskommt, ist kaum zu erwarten. Bundesregierung und Bundeswehr wollen vor allem junge Menschen davon überzeugen, dass diese Kriegseinsätze notwendig sind und sie dafür gebraucht werden.

Die Bildungsgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sieht die **Entwicklung mit Sorge** wendet sich „entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden.“ Die GEW empfiehlt, Jugendoffiziere der Bundeswehr nur dann einzuladen, wenn die notwendige politische Ausgewogenheit gewährleistet ist. Friedensorganisationen und Friedensinitiativen sollen die gleichen Möglichkeiten wie der Bundeswehr eingeräumt werden.

Der Kölner **Aufruf „Schule ohne Bundeswehr“** wendet sich gegen die Werbeoffensiven der Bundeswehr an Schulen und Arbeitsämtern. Darin heißt es „Deshalb wehren wir uns gegen die zweckgeleitete Beeinflussung von Jugendlichen durch die Bundeswehr. Das Militär hat an Schulen, Arbeitsämtern, Bildungsmessen nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an den Schulen geben, keine Unterrichtseinheiten, die Schüler auf angebliche Sachzwänge orientieren, statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten, keine Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.“ **Siehe dazu www.jungegew.de und „Die Eroberung der Schulen“ www.imi-online.de** .

Joachim Spaeth, Magdeburg